

# Inhaltsübersicht

Vorwort . . . . .	VII
Inhaltsverzeichnis . . . . .	XIII

## Einleitung

A. Gegenstand und Methodik der Untersuchung . . . . .	1
B. Aufbau des Gedankengangs . . . . .	3

## 1. Hauptteil:

### Die Problematik der unmittelbaren Wirkung im Strafrecht

A. Überblick zum strafrechtlichen Richtlinieneinfluß . . . . .	5
B. Die Grundstruktur der Richtlinie . . . . .	6
I. Die Richtlinie als Teil des Sekundärrechts . . . . .	6
II. Die Richtlinie als Instrument der Rechtsangleichung . . . . .	7
III. Die unmittelbare Wirkung . . . . .	9
C. Die begünstigende unmittelbare Wirkung im Strafrecht . . . . .	13
I. Die BGH-Entscheidung zur sechsten Umsatzsteuerrichtlinie . . . . .	13
II. Problemaufriß . . . . .	15
D. Die belastende Wirkung . . . . .	15
I. Die Vorlage durch den Pretore di Salò . . . . .	16
II. Der Fall „Kolpinghuis-Nijmegen“ . . . . .	16
III. Der Fall „Arcaro“ . . . . .	19
IV. Das Meinungsbild in der Literatur . . . . .	20
V. Problemaufriß . . . . .	21
VI. Zwischenresümee . . . . .	36
VII. Die belastende Wirkung im Umweltstrafrecht . . . . .	38
VIII. Zwischenergebnis und Lösungsansätze . . . . .	48

## 2. Hauptteil:

### Das Verhältnis des Strafrechts zum Gemeinschaftsrecht

A. Das Verhältnis der Rechtsordnungen . . . . .	56
I. Fragen der Geltung, der Wirksamkeit, der Anwendbarkeit und des Vorrangs des Gemeinschaftsrechts . . . . .	58
II. Konsequenzen . . . . .	98

<b>B. Die Kompetenz der Gemeinschaft zur eigenständigen Setzung von Strafnormen . . . . .</b>	103
I. Einleitung . . . . .	103
II. Methodisches . . . . .	103
III. Die allgemeine Kompetenzdiskussion . . . . .	104
IV. Die eine Strafrechtssetzungskompetenz bejahenden Auffassungen . . . . .	110
V. Die Argumentation der vorherrschenden Meinung . . . . .	114
VI. Die Erwiderung der Befürworter einer Strafrechtssetzungskompetenz . . . . .	117
VII. Stellungnahme . . . . .	118
<b>C. Exkurs: Die Weiterungen der strafrechtsspezifischen Kompetenzlage in dem Zusammenspiel der EG-Verordnung mit dem Strafgesetz . . . . .</b>	161
I. Einleitung . . . . .	161
II. Bezugnahmen im Weinstrafrecht . . . . .	163
III. Bezugnahmen im Fahrpersonalgesetz . . . . .	167
IV. Konsequenzen für die Gesetzgebung . . . . .	172
V. Konsequenzen für die Ausdeutung der Einwirkung unmittelbar anwendbaren Sekundärrechts auf das Strafrecht . . . . .	174
<b>D. Die Verpflichtung der Mitgliedstaaten zur Schaffung von Strafnormen . . . . .</b>	179
I. Primärrechtlich verankerte Verpflichtungen . . . . .	180
II. Die allgemeine Verpflichtung zum Schutz gemeinschaftsrechtlicher Interessen . . . . .	180
III. Die „imperative Anweisungskompetenz“ . . . . .	184
IV. Regelungsintensität . . . . .	192
<b>E. Das ius non puniendi der Gemeinschaft . . . . .</b>	196
I. Zur Rechtsprechung des Gerichtshofs . . . . .	196
II. Zur Kritik an der Rechtsprechung des Gerichtshofs . . . . .	200
III. Keine vorschnelle Annahme der Unanwendbarkeit des Strafrechts . . . . .	205
IV. Ergebnis . . . . .	207

### 3. Hauptteil:

#### Die Ausdeutung belastender Folgen der unmittelbaren Wirkung von Richtlinien im Strafrecht

<b>A. Einleitung . . . . .</b>	209
<b>B. Problemstellung . . . . .</b>	209
<b>C. Lösungsansatz: Grundsätzliche Beachtung der gemeinschaftsrechtlichen Pflichtenbegründung . . . . .</b>	211
<b>D. Gesichtspunkte der direkten oder indirekten Strafbegründung durch unmittelbar wirkende Richtlinien . . . . .</b>	213
I. Die Beeinträchtigung rechtsstaatlicher Prinzipien . . . . .	213
II. Richtlinienumsetzung und innerstaatliche Entscheidungsprozesse . . . . .	218
III. Zwischenergebnis . . . . .	222
IV. Gemeinschaftsrechtliche Aspekte . . . . .	224
V. Zwischenresümee . . . . .	232
VI. Die fehlende Strafrechtswidrigkeit richtlinienbedingter Pflichtverstöße . . . . .	233

VII. Begrenzung auf strafbarkeitsbegründende Folgen der unmittelbaren Wirkung von Richtlinien . . . . .	245
VIII. Ergebnis . . . . .	248

#### 4. Hauptteil:

##### Die begünstigende unmittelbare Wirkung von Richtlinien im Strafrecht

A. Einleitung . . . . .	249
B. Beispiele einer möglichen begünstigenden unmittelbaren Wirkung im Strafrecht . . . . .	250
I. Das Steuerstrafrecht . . . . .	250
II. Das Lebensmittelstrafrecht . . . . .	250
III. Das Umweltstrafrecht . . . . .	252
C. Strafrechtliche Grundfragen der begünstigenden unmittelbaren Wirkung . . . . .	254
I. Allgemeines zur Milderungsproblematik . . . . .	254
II. Gemeinschaftsrechtliche Vorgaben einer strafrechtlichen Analyse unmittelbar wirkender Richtlinien . . . . .	260
III. Einordnung im Deliktaufbau . . . . .	279
IV. Keine direkte Anwendung des § 2 Abs. 3 StGB . . . . .	288
V. Analoge Anwendung des § 2 Abs. 3 StGB ? . . . . .	290
VI. Einzelfragen . . . . .	300

#### 5. Hauptteil:

##### Die richtlinienkonforme Auslegung im Strafrecht

A. Einleitung . . . . .	321
I. Die Entscheidung des Bundesgerichtshofs zu § 326 StGB . . . . .	322
II. Das Meinungsbild im Überblick . . . . .	326
B. Gemeinschaftsrechtliche Vorfragen . . . . .	331
I. Die vom Gerichtshof aufgestellten Grundsätze . . . . .	331
II. Die gemeinschaftsrechtlichen Vorgaben . . . . .	334
C. Grundfragen richtlinienkonformer Auslegung im Strafrecht . . . . .	355
I. Verfassungsrechtliche Bindungen . . . . .	355
II. Das nationale Recht als Ausgangspunkt der richtlinienkonformen Auslegung . . . . .	359
III. Zur Entscheidung „Kolpinghuis Nijmegen“ . . . . .	362
IV. Zwischenergebnis . . . . .	367
V. Das Problem detaillierter Richtlinievorgaben . . . . .	367
VI. Detaillierte Richtlinievorgaben aus strafrechtlicher Sicht . . . . .	370
VII. Ausmaß und Grenzen der richtlinienkonformen Auslegung im Strafrecht . . . . .	380
D. Die Methodik richtlinienkonformer Auslegung im Strafrecht . . . . .	397
I. Zur Notwendigkeit methodischer Überlegungen . . . . .	397
II. Überblick zur Auslegungsmethodik im Gemeinschaftsrecht . . . . .	397
III. Wiederkehrende Gesichtspunkte der richtlinienkonformen Auslegung . . . . .	403

IV. Die mehrphasige Auslegung . . . . .	408
V. Auslegung und Verdrängung . . . . .	427
E. Was heißt Richtlinienkonformität? . . . . .	437
I. Einleitung . . . . .	437
II. Umsetzungsbedingte Auslegungsprobleme des Urheberstrafrechts . . . . .	438
III. Exkurs: Die Gefahr einer Extension der Strafnorm ohne kriminalpolitische Willensbildung . . . . .	445
IV. Kein Automatismus einer richtlinienkonformen Auslegung im Strafrecht . .	449
V. Gemeinschaftsrechtliche Aspekte . . . . .	450
VI. Zwischenergebnis . . . . .	451
VII. Lösungsvorschlag: Das mehrphasige Auslegungsmodell . . . . .	451
VIII. Zum Inhalt der Vorzugsregel . . . . .	453
Literaturverzeichnis . . . . .	467
Sachregister . . . . .	501

# Inhaltsverzeichnis

Vorwort . . . . .	VII
Inhaltsübersicht . . . . .	IX
Inhaltsverzeichnis . . . . .	XIII

## Einleitung

A. Gegenstand und Methodik der Untersuchung . . . . .	1
B. Aufbau des Gedankengang . . . . .	3

## 1. Hauptteil:

### Die Problematik der unmittelbaren Wirkung im Strafrecht

A. Überblick zum strafrechtlichen Richtlinieneinfluß . . . . .	5
B. Die Grundstruktur der Richtlinie . . . . .	6
I. Die Richtlinie als Teil des Sekundärrechts . . . . .	6
II. Die Richtlinie als Instrument der Rechtsangleichung . . . . .	7
III. Die unmittelbare Wirkung . . . . .	9
C. Die begünstigende unmittelbare Wirkung im Strafrecht . . . . .	13
I. Die BGH-Entscheidung zur sechsten Umsatzsteuerrichtlinie . . . . .	13
II. Problemaufriß . . . . .	15
D. Die belastende Wirkung . . . . .	15
I. Die Vorlage durch den <i>Pretore di Salò</i> . . . . .	16
II. Der Fall „ <i>Kolpinghuis-Nijmegen</i> “ . . . . .	16
III. Der Fall „ <i>Arcaro</i> “ . . . . .	19
IV. Das Meinungsbild in der Literatur . . . . .	20
V. Problemaufriß . . . . .	21
1. Die Verpflichtung der Mitgliedstaaten . . . . .	22
2. Arbeitsschutzrechtliche Richtlinievorgaben . . . . .	24
3. Der Einfluß von Arbeitsschutzzvorschriften im Strafrecht . . . . .	27
a. Arbeitsschutzzvorschriften als Fahrlässigkeitsmaßstab . . . . .	27
b. Arbeitsschutzzvorschriften und Garantenpflichten . . . . .	29
aa. Modifizierung des Maßstabs bei öffentlichen Arbeitgebern . . . . .	31
bb. Die strafrechtliche Haftung einzelner Personen . . . . .	31
cc. Die Bedeutung der Entscheidung des Gerichtshofs im Fall „ <i>Telecom Italia</i> “ . . . . .	32

VI. Zwischenresümee . . . . .	36
VII. Die belastende Wirkung im Umweltstrafrecht . . . . .	38
1. Die Grundwasser-Richtlinie . . . . .	38
2. Die strafbare Gewässerverunreinigung, § 324 StGB . . . . .	40
a. Strafbarkeit des Amtsträgers? . . . . .	42
b. Strafbarkeit Privater? . . . . .	46
VIII. Zwischenergebnis und Lösungsansätze . . . . .	47
1. Die Unterlassungsdelikte . . . . .	48
2. Fahrlässigkeitsdelikte . . . . .	49

## 2. Hauptteil:

### Das Verhältnis des Strafrechts zum Gemeinschaftsrecht

A. Das Verhältnis der Rechtsordnungen . . . . .	56
I. Fragen der Geltung, der Wirksamkeit, der Anwendbarkeit und des Vorrangs des Gemeinschaftsrechts . . . . .	58
1. Die unmittelbare Geltung des Gemeinschaftsrechts . . . . .	58
a. Die unmittelbare Geltung aus der Sicht des Gerichtshofs . . . . .	58
b. Die unmittelbare Geltung aus der Sicht der Literatur . . . . .	59
c. Zwischenergebnis . . . . .	60
d. Geltung und unmittelbare Anwendbarkeit . . . . .	61
e. Normentheoretische Überlegungen . . . . .	62
aa. Normative Geltung und Anwendbarkeit . . . . .	62
bb. Geltung, Anwendbarkeit und Trennung der Rechtsordnungen . . . . .	64
d. Die innerstaatliche Wirksamkeit . . . . .	67
aa. Innerstaatliche Wirksamkeit des Primärrechts . . . . .	67
bb. Innerstaatliche Wirksamkeit des Sekundärrechts . . . . .	68
cc. Die terminologische Gleichsetzung von innerstaatlicher Wirksamkeit und unmittelbarer Geltung . . . . .	69
e. Die Frage nach der unmittelbaren Geltung der Richtlinie . . . . .	71
aa. Überblick . . . . .	71
bb. Der eigene Standpunkt . . . . .	74
f. Die Sicht des Bundesverfassungsgerichts . . . . .	77
g. Zwischenergebnis . . . . .	77
h. Einordnung der unmittelbaren Wirkung . . . . .	78
aa. Rechtsreflex . . . . .	78
bb. Normatives Verständnis . . . . .	79
cc. Der EG-Verordnung „ähnliche Wirkung“ im Verhältnis des Bürgers zum Staat . . . . .	80
dd. Der Fall „Großkrotzenburg“ . . . . .	82
ee. Keine umfassende normative Wirkung . . . . .	84
ff. Zwischenresümee und Rückblick . . . . .	87
2. Rang und Anwendungsvorrang . . . . .	87
a. Vorrang des Gemeinschaftsrechts . . . . .	87

b. Der Anwendungsvorrang . . . . .	89
c. Die Sicht des Bundesverfassungsgerichts . . . . .	92
aa. Akzeptanz des Anwendungsvorrangs . . . . .	93
bb. Teilhabe unmittelbar wirkender Richtlinien am Anwendungs- vorrang . . . . .	94
cc. Grenzen des Vorrangs . . . . .	96
II. Konsequenzen . . . . .	98
 B. Die Kompetenz der Gemeinschaft zur eigenständigen Setzung von Strafnormen .	103
I. Einleitung . . . . .	103
II. Methodisches . . . . .	103
III. Die allgemeine Kompetenzdiskussion . . . . .	104
1. Die Bußgeldkompetenz . . . . .	107
2. Repressive Verwaltungsmaßnahmen . . . . .	107
IV. Die eine Strafrechtssetzungskompetenz bejahenden Auffassungen . . . . .	110
V. Die Argumentation der vorherrschenden Meinung . . . . .	114
1. Souveränitätsverzicht und Wortlaut . . . . .	114
2. Demokratische Legitimation der Rechtssetzungsakte . . . . .	115
VI. Die Erwiderung der Befürworter einer Strafrechtssetzungskompetenz . .	117
VII. Stellungnahme . . . . .	118
1. Primärrechtlich herzuleitende Argumente . . . . .	118
a. Das Wortlautargument . . . . .	118
b. Strafrechtsspezifische Sonderregelungen im Primärrecht . . . . .	120
2. Sekundärrechtliche Inbezugnahme nationalen Strafrechts . . . . .	122
3. Zwischenergebnis . . . . .	123
4. Die Legitimationsfrage . . . . .	124
a. Der Hinweis auf Grundrechtseingriffe im EG-Kartellrecht . . . . .	124
b. Zum Erfordernis einer demokratischen Legitimation des Strafgesetzes	125
c. „Nulla poena sine lege parlamentaria“ als maßgeblicher Grundsatz? .	128
d. Legitimationsfrage und Rechtssetzungskompetenz . . . . .	132
5. Der Vertrag von Maastricht im Lichte des Prinzips der begrenzten Einzel- ermächtigung . . . . .	135
a. Die Einfügung des Art. 209a EGV v. 1992 . . . . .	135
b. Die dritte Säule von Maastricht . . . . .	139
c. Zwischenergebnis . . . . .	141
d. Gegenargumente . . . . .	141
e. Die Aktivitäten der Gemeinschaftsorgane . . . . .	142
6. Der Vertrag von Amsterdam im Lichte des Prinzips der begrenzten Einzel- ermächtigung . . . . .	143
a. Die Befürworter einer partiellen Kompetenz zum Schutz der EG-Finanzinteressen . . . . .	143
b. Die Gegner einer partiellen Kompetenz zum Schutz der EG-Finanzinteressen . . . . .	144
c. Kein Kompetenzübergang durch Art. 280 Abs. 4 EGV . . . . .	145

aa. Offene Fragen der subsidiären Anwendung einer EG-Strafnorm in der Praxis . . . . .	146
bb. Exkurs: Das Corpus Juris zum Schutz der Finanzinteressen der EU als Modell im Sinne von Art. 280 Abs. 4 EGV? . . . . .	150
cc. Art. 31 lit. e EUV und Art. 61 EGV . . . . .	152
dd. Funktion des Art. 280 Abs. 4 EGV . . . . .	154
7. Würdigung der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts . . . . .	156
8. Ergebnis . . . . .	161
<b>C. Exkurs: Die Weiterungen der strafrechtsspezifischen Kompetenzlage in dem Zusammenspiel der EG-Verordnung mit dem Strafgesetz . . . . .</b>	<b>161</b>
I. Einleitung . . . . .	161
II. Bezugnahmen im Weinstrafrecht . . . . .	163
III. Bezugnahmen im Fahrpersonalgesetz . . . . .	167
IV. Konsequenzen für die Gesetzgebung . . . . .	172
V. Konsequenzen für die Ausdeutung der Einwirkung unmittelbar anwend- baren Sekundärrechts auf das Strafrecht . . . . .	174
<b>D. Die Verpflichtung der Mitgliedstaaten zur Schaffung von Strafnormen . . . . .</b>	<b>179</b>
I. Primärrechtlich verankerte Verpflichtungen . . . . .	180
II. Die allgemeine Verpflichtung zum Schutz gemeinschaftsrechtlicher Interessen . . . . .	180
III. Die „imperative Anweisungskompetenz“ . . . . .	184
IV. Regelungsintensität . . . . .	192
<b>E. Das ius non puniendi der Gemeinschaft . . . . .</b>	<b>196</b>
I. Zur Rechtsprechung des Gerichtshofs . . . . .	196
II. Zur Kritik an der Rechtsprechung des Gerichtshofs . . . . .	200
III. Keine vorschnelle Annahme der Unanwendbarkeit des Strafrechts . . . . .	205
IV. Ergebnis . . . . .	207

### 3. Hauptteil:

#### Die Ausdeutung belastender Folgen der unmittelbaren Wirkung von Richtlinien im Strafrecht

<b>A. Einleitung . . . . .</b>	<b>209</b>
<b>B. Problemstellung . . . . .</b>	<b>209</b>
<b>C. Lösungsansatz: Grundsätzliche Beachtung der gemeinschaftsrechtlichen Pflichten- begründung . . . . .</b>	<b>211</b>
<b>D. Gesichtspunkte der direkten oder indirekten Strafbegründung durch unmittelbar wirkende Richtlinien . . . . .</b>	<b>213</b>
I. Die Beeinträchtigung rechtsstaatlicher Prinzipien . . . . .	213
1. Europarechtlich diskutierte Aspekte . . . . .	213
2. Der Aspekt der Rechtssicherheit aus strafrechtlicher Sicht . . . . .	215

II. Richtlinienumsetzung und innerstaatliche Entscheidungsprozesse . . . . .	218
III. Zwischenergebnis . . . . .	222
IV. Gemeinschaftsrechtliche Aspekte . . . . .	224
1. Die Rechtsprechung des Gerichtshofs . . . . .	224
a. Das widersprüchliche Verhalten des Staates . . . . .	224
b. Exkurs: Das unrechtmäßige Verhalten als Verfahrenshindernis? . . . . .	225
c. Der Sanktionsgedanke . . . . .	226
d. Der Rechtsschutzgedanke . . . . .	226
e. Der Gedanke des „ <i>effet utile</i> “ . . . . .	227
f. Keine Belastung Privater . . . . .	228
2. Deutung der Rechtsprechung für die Problemlösung . . . . .	229
V. Zwischenresümee . . . . .	232
VI. Die fehlende Strafrechtswidrigkeit richtlinienbedingter Pflichtverstöße . . . . .	233
1. Begründung der fehlenden Rechtswidrigkeit . . . . .	233
2. Rechtswidrigkeit und Einheit der Rechtsordnung . . . . .	235
a. Rechtfertigungsgründe . . . . .	235
b. Außerstrafrechtliche Rechtswidrigkeit und Strafrechtswidrigkeit . . . . .	237
c. Beispiele diskutierter Teilrechtswidrigkeiten . . . . .	238
d. Die fehlende Strafrechtswidrigkeit eines Verstoßes gegen unmittelbar wirkende Richtlinieninhalte . . . . .	242
VII. Begrenzung auf strafbarkeitsbegründende Folgen der unmittelbaren Wirkung von Richtlinien . . . . .	245
1. Verwaltungsakzessorische Straftatbestände . . . . .	245
2. Beachtlichkeit der unmittelbaren Wirkung von Richtlinien . . . . .	247
VI. Ergebnis . . . . .	248

#### 4. Hauptteil:

##### Die begünstigende unmittelbare Wirkung von Richtlinien im Strafrecht

A. Einleitung . . . . .	249
B. Beispiele einer möglichen begünstigenden unmittelbaren Wirkung im Strafrecht	250
I. Das Steuerstrafrecht . . . . .	250
II. Das Lebensmittelstrafrecht . . . . .	250
III. Das Umweltstrafrecht . . . . .	252
C. Strafrechtliche Grundfragen der begünstigenden unmittelbaren Wirkung . . . . .	254
I. Allgemeines zur Milderungsproblematik . . . . .	254
1. Die vorherrschende Meinung . . . . .	254
2. Die „staatsrechtlich“ argumentierende Minderheitsmeinung . . . . .	257
3. Die Bedeutung der unterschiedlichen Ansätze . . . . .	258
II. Gemeinschaftsrechtliche Vorgaben einer strafrechtlichen Analyse unmittelbar wirkender Richtlinien . . . . .	260
1. Der Fall „Lemmens“ . . . . .	260

2. Der Fall „Bordessa“ . . . . .	265
a. Die Milderungsproblematik im Fall Bordessa . . . . .	265
b. Bestätigung der „Bordessa“-Entscheidung im Fall „Awoyemi“ . . . . .	267
c. Würdigung der „Bordessa“-Entscheidung im Lichte der Fälle „Skanavi“ und „Allain“ . . . . .	268
d. Vorverlagerung der unmittelbaren Wirkung . . . . .	270
3. Der Fall „Kloppenburg“ . . . . .	270
a. Die Verlängerung der Umsetzungsfrist . . . . .	270
b. Problemtiefe . . . . .	271
c. Inividuell-konkrete Voraussetzungen der unmittelbaren Wirkung . . . . .	272
4. Der Fall „Ratti“ . . . . .	275
5. Zwischenergebnis . . . . .	277
III. Einordnung im Deliktaufbau . . . . .	279
1. Die unmittelbare Wirkung als Erlaubnistatbestand . . . . .	279
2. Konkurrierendes Recht mit Vorrangregel . . . . .	280
3. Ungeschriebener Strafaufhebungs- oder Strafausschließungsgrund . . . . .	281
4. Nicht tatbestandsmäßige Handlung . . . . .	283
5. Lösungsvorschlag . . . . .	283
a. Die Spaltung von Geltung und Anwendbarkeit der Strafnorm . . . . .	283
b. Inkorporation der Vorrangwirkung . . . . .	284
c. Die unmittelbare Wirkung als ungeschriebener Tatbestandsausschluß . . . . .	285
IV. Keine direkte Anwendung des § 2 Abs. 3 StGB . . . . .	288
V. Analoge Anwendung des § 2 Abs. 3 StGB? . . . . .	290
1. Praktische Bedeutung der Fragestellung . . . . .	291
2. Gemeinschaftsrechtliche Aspekte . . . . .	292
3. Innerstaatliche Argumente . . . . .	293
4. Lösungsvorschlag . . . . .	294
a. Richtlinienspezifische Aspekte . . . . .	295
b. Eingriff in die Gewalt der Legislative . . . . .	296
c. Kein Verstoß gegen Art. 103 Abs. 2 GG . . . . .	298
5. Zwischenergebnis . . . . .	299
6. Sonderfall: Endgültiger Wegfall der Strafbarkeit . . . . .	299
VI. Einzelfragen . . . . .	300
1. Methodisches . . . . .	300
2. Die strafrechtliche Produkthaftung im Lichte der unmittelbaren Wirkung . . . . .	300
a. Das Beispiel des Umweltgiftes PCP im nationalen und gemeinschaftsrechtlichen Kontext . . . . .	301
b. Grenzwertfestlegungen und unmittelbare Wirkung . . . . .	302
c. Erhöhung der Schwelle zur unerlaubten Gefahr . . . . .	303
d. Strafrechtliche Produkthaftung . . . . .	303
e. Ergebnis . . . . .	305
3. Strafrechtliche Rechtsfolgen unterlassener Notifizierungen . . . . .	306
a. Zur Notifizierung nationalen Rechts . . . . .	306

b. Das strafrechtliche Problem . . . . .	309
c. Lösungsvorschlag . . . . .	309
4. Verwaltungsakzessorische Straftatbestände . . . . .	311
a. Der Fall „Pieck“ . . . . .	311
b. Denkbare Probleme bei verwaltungsakzessorischen Tatbeständen . . . . .	313
c. Lösungsvorschlag . . . . .	315
d. Ergebnis . . . . .	319
 5. Hauptteil:	
Die richtlinienkonforme Auslegung im Strafrecht	
A. Einleitung . . . . .	321
I. Die Entscheidung des Bundesgerichtshofs zu § 326 StGB . . . . .	322
II. Das Meinungsbild im Überblick . . . . .	326
1. Die Rechtsprechung . . . . .	326
2. Die Literatur . . . . .	327
3. Zwischenergebnis . . . . .	331
B. Gemeinschaftsrechtliche Vorfragen . . . . .	331
I. Die vom Gerichtshof aufgestellten Grundsätze . . . . .	331
II. Die gemeinschaftsrechtlichen Vorgaben . . . . .	334
1. Art. 10, ex-Art. 5 und Art. 249, ex-Art. 189 Abs. 3 EGV als gemeinschaftsrechtlicher Ursprung einer Pflicht zur richtlinienkonformen Auslegung . . . . .	335
a. Überblick . . . . .	335
b. Stellungnahme . . . . .	336
2. Gegenstand der richtlinienkonformen Auslegung . . . . .	339
a. Umsetzungsrecht und sonstiges nationales Recht . . . . .	339
b. Strafrecht . . . . .	340
3. Der Umfang der Pflicht zur richtlinienkonformen Auslegung . . . . .	342
4. Vorrang der richtlinienkonformen Auslegung . . . . .	344
a. Exkurs: Sperrwirkung und Maßstabsfunktion der Richtlinie? . . . . .	344
aa. Sperrwirkung der Richtlinie . . . . .	344
bb. Die Richtlinie als Maßstabsnorm . . . . .	347
b. Zum Vorrang der richtlinienkonformen Auslegung . . . . .	350
aa. Überblick . . . . .	350
bb. Kein Vorrang der richtlinienkonformen Auslegung . . . . .	351
cc. Die richtlinienkonforme Auslegung als Vorzugsregel . . . . .	353
dd. Zwischenergebnis . . . . .	354
C. Grundfragen richtlinienkonformer Auslegung im Strafrecht . . . . .	355
I. Verfassungsrechtliche Bindungen . . . . .	355
II. Das nationale Recht als Ausgangspunkt der richtlinienkonformen Auslegung . . . . .	359
1. Auslegungsfähigkeit des nationalen Rechts . . . . .	359

2. Keine Gefährdung der Auslegungsgrenzen im Strafrecht durch den Gerichtshof . . . . .	360
III. Zur Entscheidung „Kolpinghuis Nijmegen“ . . . . .	362
IV Zwischenergebnis . . . . .	367
V. Das Problem detaillierter Richtlinienvorgaben . . . . .	367
VI. Detaillierte Richtlinienvorgaben aus strafrechtlicher Sicht . . . . .	370
1. Das Beispiel der Geldwäscherichtlinie . . . . .	370
a. Bedeutung der Kompetenzfrage . . . . .	371
b. Methodische Grundprobleme . . . . .	373
aa. Zur Abgrenzung von detaillierter Vorgabe und Gestaltungsspielraum . . . . .	374
bb. Inhaltliche Divergenzen eines Begriffs trotz orthographischer Identität . . . . .	377
cc. Das Sprachenbabylon der Gemeinschaft . . . . .	378
dd. Unbestimmtheit durch detaillierte Vorgaben? . . . . .	379
2. Zwischenergebnis . . . . .	379
VII. Ausmaß und Grenzen der richtlinienkonformen Auslegung im Strafrecht . . . . .	380
1. Der Gerichtshof zu den Grenzen der richtlinienkonformen Auslegung im Strafrecht . . . . .	380
a. „Kolpinghuis Nijmegen“ . . . . .	380
b. Der Fall „Arcaro“ . . . . .	383
c. „Telecom Italia“ . . . . .	385
d. Der Fall „Cantoni“ . . . . .	389
2. Die Grenzen der Auslegung von richtlinienmodifizierten Bezugstatbeständen . . . . .	389
3. Die richtlinienbedingte Normspaltung . . . . .	390
a. Zur Normspaltung im nationalen Recht . . . . .	391
b. Gründe für eine richtlinienbedingte Normspaltung . . . . .	394
4. Zwischenresümee . . . . .	396
D. Die Methodik richtlinienkonformer Auslegung im Strafrecht . . . . .	397
I. Zur Notwendigkeit methodischer Überlegungen . . . . .	397
II. Überblick zur Auslegungsmethodik im Gemeinschaftsrecht . . . . .	397
1. Die grammatischen Auslegung . . . . .	398
a. Wortlaut und Wortsinn . . . . .	398
b. Wortlaut und synoptische Textkritik . . . . .	399
c. Wortsinn . . . . .	400
2. Die systematische Auslegung . . . . .	401
3. Die teleologische Auslegung . . . . .	401
4. Die historische Auslegung . . . . .	402
III. Wiederkehrende Gesichtspunkte der richtlinienkonformen Auslegung . . . . .	403
1. Rechtsgrundlage . . . . .	404
2. Aufbau der Richtlinie . . . . .	404
3. Die Erwägungsgründe . . . . .	405

4. Höchst- und Mindeststandards . . . . .	405
a. Beispiel: BayObLGSt 1992, 105ff. . . . .	406
b. Beispiel: BayObLGSt 1996, 117ff. . . . .	407
c. Konsequenzen . . . . .	407
5. Gleichstellungserfordernis . . . . .	407
IV. Die mehrphasige Auslegung . . . . .	408
1. Geschriebenes und ungeschriebenes Primärrecht . . . . .	409
2. Eigenständige Bedeutung des Primärrechts für die Auslegung . . . . .	410
a. Primärrechtliche Begrenzungen trotz grundsätzlicher Zulässigkeit strengerer Regelungen . . . . .	410
aa. Der Fall „Skanavi“ . . . . .	411
bb. Artt. 28, 30, ex-Art. 30, 36 EGV am Beispiel des Wettbewerbsrechts . . . . .	414
cc. Die Cassis-Rechtsprechung des Gerichtshofs . . . . .	415
b. Normenübergreifende Ausstrahlung des Art. 28, ex-Art. 30 EGV im Zuge der richtlinienkonformen Auslegung am Beispiel des Lebensmittelstrafrechts . . . . .	416
aa. Die Etikettierungsvorschriften für Lebensmittel . . . . .	417
bb. Lebensmittelrechtliche Täuschung trotz ordnungsgemäßer Etikettierung? . . . . .	418
cc. Wettbewerbsrechtliche Täuschung? . . . . .	420
dd. Die Verbindung zum Strafrecht . . . . .	421
c. Bedeutung des Primärrechts für die Auslegung einzelner Richtlinieninhalte . . . . .	422
d. Funktion einer mehrphasigen Auslegung . . . . .	425
3. Ergebnis . . . . .	427
V. Auslegung und Verdrängung . . . . .	427
1. Die Verdrängung als Rechtskonflikt . . . . .	428
2. Verdrängung und Auslegung am Beispiel des Bilanzstrafrechts . . . . .	429
a. Das Strafrecht als strengere Lösung? . . . . .	430
b. § 331 Abs. 1 Nr. 1 HGB und das Verbot der strengeren Lösung . . . . .	430
aa. Auslegung des Richtlinienartikels . . . . .	431
bb. Auslegung der Erwägungsgründe . . . . .	431
cc. Gleichstellungserfordernis . . . . .	432
dd. Verbot der strengeren Lösung? . . . . .	432
ee. Das stand-still Gebot . . . . .	433
ff. Beachtung des Primärrechts . . . . .	435
c. Ergebnis . . . . .	435
E. Was heißt Richtlinienkonformität? . . . . .	437
I. Einleitung . . . . .	437
II. Umsetzungsbedingte Auslegungsprobleme des Urheberstrafrechts . . . . .	438
1. Die EG-Richtlinie über den Rechtsschutz von Computerprogrammen . . . . .	438
2. Der strafrechtliche Kontext . . . . .	438

3. Problemdeutung . . . . .	440
4. Kein Verstoß gegen Art. 103 Abs. 2 GG . . . . .	442
a. Analyse des Richtlinientextes . . . . .	442
b. Das Gleichstellungserfordernis . . . . .	443
c. Zwischenergebnis . . . . .	443
d. Konsequenzen . . . . .	443
aa. Kein sklavischer Gehorsam trotz wortgetreuer Umsetzung . . . . .	443
bb. Keine Richtlinienkonformität als Selbstzweck . . . . .	444
III. Exkurs: Die Gefahr einer Extension der Strafnorm ohne kriminalpolitische Willensbildung . . . . .	445
1. Notwendigkeit kriminalpolitischer Willensbildung . . . . .	445
2. Die kriminalpolitisch unreflektierte Extension der Strafnorm . . . . .	446
3. Die versteckte Verschiebung von Rechtssetzungskompetenzen . . . . .	448
IV. Kein Automatismus einer richtlinienkonformen Auslegung im Strafrecht . . . . .	449
V. Gemeinschaftsrechtliche Aspekte . . . . .	450
VI. Zwischenergebnis . . . . .	451
VII. Lösungsvorschlag: Das mehrphasige Auslegungsmodell . . . . .	451
1. Die erste Phase: Auslegung des nationalen Rechts . . . . .	451
2. Die zweite Phase: Auslegung der Richtlinie . . . . .	451
3. Die dritte Phase: Teleologische Gesamtschau von nationalem Strafrecht und Gemeinschaftsrecht . . . . .	452
VIII. Zum Inhalt der Vorzugsregel . . . . .	453
1. Die Vorzugsregel am Beispiel des Insiderrstrafrechts . . . . .	453
a. Das Transaktionsverbot nach deutschem Recht . . . . .	454
b. Zwei Beispiele für eine richtlinienkonforme Auslegung . . . . .	454
2. Der Verbindlichkeitsgrad der Richtlinienvorgaben für die strafrechtliche Auslegung . . . . .	456
3. Die Vorzugsregel am Beispiel des Jahresabschlußbegriffs des § 331 Abs. 1 Nr. 1 HGB . . . . .	457
a. Das innerstaatliche Auslegungsproblem . . . . .	458
b. Die richtlinienkonforme Auslegung des Merkmals . . . . .	458
aa. Auslegungsfähigkeit des nationalen Rechts . . . . .	459
bb. Auslegung der Richtlinie . . . . .	459
cc. Teleologische Gesamtschau . . . . .	460
4. Umsetzungsfrist und Vorzugsregel . . . . .	461
a. Keine Pflicht zur richtlinienkonformen Auslegung vor Ablauf der Umsetzungsfrist . . . . .	461
b. Auslegungsgrenzen nach Art. 103 Abs. 2 GG . . . . .	463
c. Richtlinienkonforme Auslegung vor Ablauf der Umsetzungsfrist . . . . .	464
d. Ergebnis . . . . .	465
Literaturverzeichnis . . . . .	467
Sachregister . . . . .	501